

Landeshauptstadt Dresden Bauaufsichtsamt - Zentrale Antrags- und Vorprüfstelle Postfach 12 00 20 01001 Dresden Sitz: Hamburger Str. 19, 01067 Dresden	Eingangsstempel
--	-----------------

Nachweis zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung
 gemäß § 49 SächsBO

 zum Bauantrag/Vorbescheid/Bauanzeige:

1. Antragsteller

Name/Firma	Vorname	Telefon
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Vertreter/Bevollmächtigter des Antragstellers: Name	Vorname	Telefon
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort

2. Baugrundstück

Gemarkung, Flurstücksnummer	Straße, Hausnummer
-----------------------------	--------------------

3. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens (Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen und/oder wesentliche Änderung deren Benutzung)

beantragte Stellplätze für Kfz: beantragte Abstellplätze für Fahrräder:

4. Berechnung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge/Abstellplätze für Fahrräder

Sollte das Vorhaben mehrere Nutzungsarten beinhalten, hat die Aufstellung nach diesen getrennt zu erfolgen.

Nutzungsart (z. B. Wohngebäude, Verkaufsstätten, Bürogebäude, ...) mit Bemessungsgröße (z. B. Anz. WE, m² Nutzfläche, Anz. Gastplätze)	Stellplätze für Kraftfahrzeuge		Abstellplätze für Fahrräder	
	gewählte Richtzahl aus Nr. 49 VwVSächsBO	Anzahl der notwendigen Stellplätze	gewählte Richtzahl aus Nr. 49 VwVSächsBO	Anzahl der notwendigen Abstellplätze
Vorhaben insgesamt				
abzüglich Bestand (nur bei wesentlicher Änderung der baulichen Anlage oder deren Benutzung)				
Anzahl der notwendigen Stellplätze/Abstellplätze				
davon für Lastkraftwagen				
davon für Autobusse				

5. Möglichkeit der Reduzierung der Anzahl notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge/Abstellplätze für Fahrräder

☐ Wenn in einem **genehmigten Gebäude** ab dem dritten Jahr nach Fertigstellung eine **Wohnung** geteilt oder **Wohnraum** durch Änderung des Daches des Gebäudes geschaffen wird, braucht der dadurch verursachte Mehrbedarf nicht gedeckt zu werden, **wenn dies nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist** (§ 49 Abs. 4 SächsBO).

Kurze Darlegung der Schwierigkeiten:

☐ Für Gebäude, die nicht Wohngebäude sind:

☐ ÖPNV-Anschluss, Art des Verkehrsmittels: _____ Linie(n): _____

Entfernung zum Gebäude: _____

☐ Großkunden-Abonnement (Job-, Kultur-, Semesterticket, ...): _____

Verringerung der Stellplatzverpflichtung um _____ Prozent.

☐ Es sind sich nicht zeitlich überlappende **Wechselbelegungen** entsprechend der Nutzung der baulichen Anlage möglich.
Darlegung der Wechselbelegung der Stellplätze:

☐ Die Schaffung von Stellplätzen ist durch Bebauungsplan oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften ausgeschlossen.
Bezeichnung:

☐ Darlegung weiterer Gründe, die eine Reduzierung ermöglichen könnten:

6. Realisierung des verursachten Bedarfs an Stellplätzen und Abstellplätzen/Stellplatzablöse

Anzahl notwendiger Stellplätze/Abstellplätze nach Punkt 4 unter Beachtung der eventuellen Reduzierungsmöglichkeiten nach Punkt 5:

für Kfz: _____ davon in Garagen/Carports: _____ für Fahrräder: _____

☐ **Realisierung auf dem Baugrundstück (Punkt 2)**

Anzahl der Kfz-Stellplätze: _____ davon in Garagen/Carports: _____ Anzahl Abstellplätze f. Fahrräder: _____

☐ **Realisierung auf anderem Grundstück in zumutbarer Entfernung:**

Gemarkung, Flurstücksnr.: _____ Straße, Hausnr.: _____

Anzahl der Kfz-Plätze: _____ davon in Garagen/Carports: _____

Art der rechtlichen Sicherung (§ 2 Abs. 13 SächsBO): _____

☐ **Stellplatzablöse**

Darstellung der tatsächlichen Gründe (Nr. 49.2.1 VwVSächsBO), warum die Realisierung auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist (§ 49 Abs. 2 SächsBO):

Anzahl der abzulösenden Kfz-Stellplätze: _____ davon durch gewerbliche Nutzung verursacht: _____

Lage der Kfz-Stellplätze in Gebührenzone Nr.: _____ (gemäß § 2 Stellplatz- und Garagensatzung)

7. Gestaltung

☐ von den notwendigen Stellplätzen (Punkt 6) werden _____ Stellplätze für besondere Personengruppen (§ 53 SächsBO) eingerichtet

☐ weitere Anforderungen aus § 3 Stellplatz- und Garagensatzung und § 83 Abs. 1 Nr. 4 SächsBO i. V. m. örtlichen Gestaltungssatzungen sind zu beachten:

Gemäß § 9 Abs. 4 Nr. 14 SächsBO-DurchführVO hat der Lageplan alle sich aus der Stellplatzverpflichtung ergebenden Darstellungen zu enthalten.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/Bevollmächtigter